

## Dank an unsere Mitglieder

*Auch in der Pandemie halten die Menschen dem Steuerzahlerbund die Treue*

**Liebe Mitglieder, hinter uns liegen nahezu zwei Jahre mit größten Herausforderungen, die wir uns alle zusammen zuvor nie so haben vorstellen können. Die Corona-Pandemie hat das öffentliche Leben in Deutschland zeitweise zum Stillstand gebracht. Existenzen standen und stehen auf dem Spiel und für viele bleiben die Zeiten unsicher, wobei die Frage, wie es weitergehen kann, im Zentrum aller Gedanken steht.**

Trotz dieser großen Sorgen haben Sie, liebe Mitglieder, uns auch in dieser schwierigen Zeit die Treue gehalten. Wir mussten weder zusätzliche Kündigungen, noch größere Ausfälle bei den Mitgliedsbeiträgen beklagen. Dafür möchten wir Ihnen heute sehr herzlich danken!

Als Ihr Verband bemühen wir uns, Ihnen auch in Krisenzeiten zur Seite zu stehen. Mit Informationen und Ratschlägen wollten und wollen wir Ihnen dabei helfen, Licht in die unübersichtlichen Fördermöglichkeiten und Sonderregelungen zu bringen. Ein Höhepunkt war dabei sicherlich das Rechtsgutachten, mit dem wir der Landesregierung von Schleswig-Holstein nachweisen konnten, dass sie in diesem Zusammenhang nicht einmal vor einem Verfassungsbruch zurückschreckte.

Über zwei Jahre hat uns die Pandemie so beherrscht, dass andere politische Fragen unwichtig erschienen. Das wird hoffentlich wieder anders und wir sind dafür gerüstet. Es ist schließlich eine unserer zentralen Aufgaben, der Politik immer und immer wieder ihre Verschwendungssucht aufzuzeigen und dies auch öffentlich zu machen.

Zu tun gibt es leider reichlich: Im Bund und in Mecklenburg-Vorpommern gibt es absehbar neue Regierungen. Für uns heißt dieses, die Koalitionsvereinbarungen eng zu verfolgen und an allen wichtigen Eckpfei-

lern zu kommentieren. Denn längst nicht alles, was von den Politikern gemeinsam verabredet wird, entspricht auch unseren Vorstellungen von einer erfolgreichen Zukunft.

Die Pandemie hat diese Aufgabe noch wichtiger gemacht, denn sie kostet viel Geld und zeitgleich sind die Steuereinnahmen nicht wie zuvor erwartet angestiegen. Wir müssen gemeinsam darauf achten, dass wir als ganze Gesellschaft gut aus der Krise herauskommen. Dazu ist es am wichtigsten, dass die Konjunktur schnell wieder anspringt. Denn eine florierende Wirtschaft sorgt am besten für die Steuereinnahmen, die der Staat dringend braucht. Deshalb gilt es für uns jetzt auch darauf zu achten, dass endlich die versprochenen Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen umgesetzt werden. Nicht nur bei der dringend überfälligen Verkleinerung der Parlamente sind wir also gefragt, jetzt dran zu bleiben. Dazu zählen wir auch weiterhin auf Ihre Unterstützung!

Wir hoffen, dass Sie auch persönlich und vor allem gesundheitlich gut durch die Pandemie gekommen sind. Hoffentlich können Sie während der bevorstehenden Festtage ein wenig abschalten und Kraft sammeln für das neue Jahr, in dem es darum geht, die vierte Welle der Pandemie zu brechen und Anschluss zu finden an alte gute Zeiten.



Ihre  
**Petra Ackmann (Hamburg)**  
**Dr. Aloys Altmann (Kiel)**  
**Knud Bernitz (Schwerin)**

### Sie lesen in diesem Nord-Kurier

#### Unser Porträt: Petra Ackmann packt es an



Petra Ackmann steht jetzt an der Spitze des Steuerzahlerbundes Hamburg. Wir stellen die neue Vorsitzende vor – inklusive Hund. Ihr Versprechen: Sie

will die Mitglieder noch mehr einbinden, sucht das Gespräch und ist offen für Anregungen **Seite 4**

Petra Ackmann hatte auch gleich Grund zur Freude: Nie zuvor hat eine neue Ausgabe des Schwarzbuches in Hamburg bei den Medien so großes Interesse gefunden wie in diesem Spätherbst. **Seite 5**

#### Land und Kommunen sind 2023 pflichtig

Ob Land oder Kommunen: Auf die Verpflichtung, ab dem 1. Januar 2023 die Umsatzsteuer abzurechnen, ist „der Staat“ in Schleswig-Holstein schlecht vorbereitet. Dabei ist die entsprechende Vorgabe der EU inzwischen fünf Jahr alt und nur wegen Corona gab es noch eine Verlängerung der Fristen. **Analyse Seite 2**

#### Keine Verschwendung

Die Corona-Pandemie hat in Wismar den Veranstaltern gleich zweimal einen Strich durch die Rechnung gemacht bei Ausstellungen. In beiden Fällen aber hat der Steuerzahlerbund keine Verschwendung festgestellt. **Bericht Seite 7**

# Es hapert bei Land und Kommunen

## Öffentliche Hand ist auf EU-Vorgabe zur Abführung der Umsatzsteuer unvorbereitet

**Die Europäische Union will es so: Ab 1. Januar 2023 müssen auch Bund, Länder und Gemeinden Umsatzsteuer berechnen und abführen. In Schleswig-Holstein ist man darauf bislang nicht ausreichend vorbereitet und riskiert auch den Verlust von Steuergeldern.**

Ganz unberechtigt sind die Regelungen des EU-Umsatzsteuerrechts nicht, das auch in Deutschland eingeführt werden muss. Um Wettbewerbsgleichheit zu erreichen, müssen staatliche und private Anbieter gleichgestellt werden. Wenn beispielsweise eine Kommune EDV-Dienstleistungen vom öffentlich-rechtlichen Anbieter Dataport bezieht, ist bislang die Rechnung um 19 Prozent günstiger als wenn die gleiche Leistung bei einem privaten Dienstleister eingekauft wird. Diese Ungleichbehandlung muss abgestellt werden.

Die dazu geltenden gesetzlichen Regelungen sind auch gar nicht neu. Bereits zum 1. Januar 2016 ist die Neufassung der Umsatzbesteuerung für die Öffentliche Hand in Kraft getreten. Doch um den Ländern und Kommunen eine gründliche Vorbereitung zu ermöglichen, durfte zunächst das alte Recht noch bis zum 31.12.2020 weiter angewandt werden. Bis zu diesem Stichtag sollten die Vorbereitungen abgeschlossen werden. Mit dem Hinweis auf die Corona-Pandemie wurde diese Übergangsfrist dann noch einmal bis zum 31.12.2022 verlängert. Damit konnten nach Feststellung des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein Schäden und Verstöße gegen das Steuerrecht vermieden werden, die ansonsten unweigerlich eingetreten wären, da das Land und die Mehrzahl der Kommunen ihre Hausaufgaben bis dahin nicht erledigt hatten.

Und diese Aufgaben sind nicht eben klein. Grundsätzlich muss jede vertragliche Beziehung daraufhin überprüft werden, ob ein Leistungsaustausch vorliegt, der auch im privaten Wettbewerb erfüllt werden könnte. Besonders bedeutend ist diese Frage für Verträge zwischen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. So gibt es viele Kommunen, die beispielsweise ihre Bauhöfe als eigenständige Einrichtungen ausgelagert haben. Beauftragen nun die Gemeinde den

rechtlich selbstständigen Bauhof mit dem Rasenmähen auf dem Sportplatz, so könnte diese Dienstleistung zumindest theoretisch genauso gut von einem privaten Garten- und Landschaftsbauunternehmen erbracht werden. Folglich muss künftig der Bauhof seine „Rechnung“ zzgl. 19 Prozent Umsatzsteuer erstellen und diese an das Finanzamt abführen. Im Gegenzug kann er dann auch anteilig Vorsteuer geltend machen für eigene bezogene Leistungen.

Doch der Teufel steckt hier – wie so oft – im Detail. Für viele interkommunalen Verrechnungen gibt es gar keine sauber kalkulierten Preise. Häufig wird die Zusammenarbeit im gegenseitigen Einvernehmen ohne Geldleistung verabredet. Das ist zum



Beispiel dann der Fall, wenn zwei benachbarte Gemeinden den Winterdienst auf bestimmten Strecken „tauschen“, um jeweils Kilometer und damit Kosten zu sparen. Es gibt auch Beispiele, in denen eine Kommune ihre Waldbewirtschaftung an das Forstamt der Nachbarstadt abgegeben hat und diese im Gegenzug dafür die Einnahmen aus dem Holzverkauf behalten kann. All diese Verträge müssen auf den Prüfstand und gegebenenfalls finanziell bewertet werden, damit eine korrekte Abführung der Umsatzsteuer möglich ist.

Der Rechnungshof von Schleswig-Holstein hat in seinen aktuellen Bemerkungen festgestellt, dass das Land selbst noch vollkommen unzureichend auf die Situation ab 2023 vorbereitet ist. Man hat gerade

erst damit begonnen, die betreffenden Geschäftsvorfälle überhaupt zu erfassen. Das gleiche gilt für die große Mehrzahl der Kommunen: Nur wenige Städte, Kreise und Gemeinden haben mit den notwendigen Vorarbeiten begonnen.

In den kleineren Kommunalverwaltungen fehlt es zudem an dem notwendigen Fachwissen, weil in der Verwaltungsausbildung bislang Steuerrecht keine Rolle spielte. Dabei reicht es eben auch nicht, nur in der Kämmerei um die Zusammenhänge zu wissen. Vielmehr müssen alle Fachabteilungen für eine Prüfung ihrer Vertragsverhältnisse sensibilisiert werden. In der Mehrzahl der Fälle wird man dabei zumindest in den ersten Jahren um eine Beratung durch spezialisierte Steuerberater nicht herumkommen.

Vielen Verwaltungschefs ist noch nicht bewusst, dass bereits jetzt die notwendigen Weichen gestellt werden müssen, um 2023 keinen finanziellen Schaden zu erleiden. Denn in vielen Fällen kommt es darauf an, Verträge so zu gestalten, dass keine Umsatzsteuer anfällt. Diese Arbeiten müssen bereits jetzt beginnen, damit sie rechtzeitig fertig werden. Doch auch für die Experten stellen sich aktuell noch viele Zweifelsfragen: So ist ungeklärt, wie die Finanzverwaltung beispielsweise mit den Fällen umgeht, in denen eine Verwaltung Dienstleistungen für eine andere erbringt. Das betrifft vor allem Amtsverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die die Dienstleistungen für ihre amtsangehörigen Gemeinden und weitere Einrichtungen, wie zum Beispiel Schulverbände, erbringen. Bislang gibt es hierzu weder eine gesicherte Rechtsprechung noch bundesweit einheitliche Ausführungsregelungen.

Der Bund der Steuerzahler hat deshalb auf Bundesebene eine neue Arbeitsgruppe gebildet, die unsere Forderungen und Hilfestellungen formulieren soll, damit am Ende nicht der Steuerzahler für Versäumnisse und Fehler aufkommen muss. Wenn Sie hierzu Fragen oder Anregungen haben, können Sie sich gerne an den Autor wenden.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

# Der Steuerzahler strampelt mit

Attraktive Angebote für die Fahrt mit Rad und Bahn für Kieler und Landesbedienstete

Wer beim Land Schleswig-Holstein oder der Landeshauptstadt Kiel beschäftigt ist, kann billiger mit dem Bus oder dem Fahrrad fahren. Was gut für die Umwelt und die Verkehrsbelastung sein soll, kann schnell zur Mogelpackung werden. Bezahlen muss das der Steuerzahler.

Was ärgerlich ist, weil außerdem oft Kontrollen gar nicht vorgesehen sind.



Wenn möglichst viele Beschäftigte ihren täglichen Weg zur Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad zurücklegen, entlastet das nicht nur die Umwelt, sondern auch das oft verstopfte Straßennetz. Darum ist es ein verständliches politisches Anliegen, für Unternehmen und Mitarbeiter Anreize zu schaffen, möglichst den Bus oder das Fahrrad zu benutzen. Viele Unternehmen nutzen die neu geschaffene Möglichkeit, Tickets und Fahrräder steuer- und sozialversicherungsfrei zu bezuschussen. Doch auch dieser Zuschuss muss aus den Erlösen finanziert werden. Längst nicht jeder Betrieb ist finanziell zu einer großzügigen Lösung in der Lage. Deshalb achten private Unternehmer sehr darauf, dass diese Leistungen nur denjenigen angeboten werden, die sie auch tatsächlich nutzen. Außerdem wird der Zuschuss zum Fahrrad oder Jobticket mit anderen Gehaltsbestandteilen verrechnet.

Anders gehen beispielsweise das Land Schleswig-Holstein und die Landeshauptstadt Kiel vor. Sie schöpfen die steuerlichen Möglichkeiten voll aus und bieten sie allen Beschäftigten an – ohne Kontrolle, wie sie von ihnen genutzt werden. So erhalten alle Bediensteten des Landes einschließlich der Landeseinrichtungen, wie die Hochschulen und das Universitätsklinikum, den maximalen Zuschuss zum Jobticket in Höhe von 30 Euro pro Monat. Nach den Regelungen im schleswig-holsteinischen Nahverkehr wird dann von den Fahrkartenanbietern eine weitere Bezuschussung von 20 Euro gewährt, die natürlich auch aus dem Landeshaushalt gedeckt wird. In der Summe

können somit die Mitarbeiter des Landes ein 50 Euro günstigeres Monatsticket beziehen. Wer im Stadtgebiet von Kiel oder Lübeck wohnt, ist fein raus: Hier kostet das Monatsticket für den Bus im Abo 52,50 Euro. Für einen Eigenanteil von gerade einmal 2,50 Euro kann man also einen ganzen Monat lang im Stadtgebiet Bus fahren. An Wochenenden und Feiertagen darf man sogar die Familie kostenlos mitnehmen: Bis zu einem weiteren Erwachsenen und drei Kindern bis einschließlich 14 Jahren ist die Fahrt frei.



Das Jobticket, das auch von der Landeshauptstadt Kiel für ihre Mitarbeiter angeboten wird, lohnt sich also auf jeden Fall, selbst dann, wenn man weiter Tag für Tag mit dem Auto zur Arbeit fährt. Nach aktuellen Angaben der Landesregierung von Ende Oktober 2021 haben sich bislang 2.200 Landesmitarbeiter für das Ticket entschieden. Wie viele davon die Monatskarte nur für private Zwecke nutzen, wird nicht erfasst. Für 2022 hat Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) schon einmal gut 2 Millionen Euro für den Landeszuschuss in den Haushalt eingestellt. Die Landeshauptstadt Kiel bietet ihren Mitarbeitern als Alternative zum Jobticket auch die Be-

zuschussung eines Fahrrades an. Bis zu drei Jahre erhält man monatlich einen Zuschuss von 30 Euro, wenn man als Mitarbeiter den Nachweis erbringt, dass man ein neues Fahrrad gekauft hat. Der Zuschuss ist auf zwei Drittel der Kaufsumme beschränkt. Für ein 1.600 Euro teures neues Fahrrad braucht man als städtischer Mitarbeiter also nur rund 530 Euro zu bezahlen. Offiziell muss man sich verpflichten, dieses Fahrrad auch regelmäßig für den Arbeitsweg und für Dienstreisen zu nutzen. Eine tatsächliche Kontrolle gibt es jedoch nicht. Angesichts des aktuellen Fahrradbooms werden viele Mitarbeiter die 1.000 Euro Zuschuss gerne mitnehmen, um sich ein neues hochwertiges Zweirad zu gönnen. Zunächst einmal stehen im Haushalt 2021 150.000 Euro bereit. Erst Ende 2022 soll das Förderangebot überprüft und gegebenenfalls in der Höhe angepasst werden.

Für Mitarbeiter, die gar nichts für ihr Fahrrad bezahlen wollen, bietet die Landeshauptstadt im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung sogar an, ein Leihfahrrad für ein Jahr kostenlos zu erhalten. Mit einem privaten Anbieter hat die Stadt einen Leasing-Vertrag abgeschlossen, der 100 Leihfahrräder für jeweils 16 Euro Miete im Monat umfasst. Da will natürlich auch das Land nicht zurückstehen. Finanzministerin Monika Heinold teilte mit, dass jetzt auch die Landesregierung Leasing-Fahrräder für die Landesbediensteten ausgeschrieben habe. Die genauen Bedingungen für die Mitarbeiter standen zum Redaktionsschluss noch nicht fest.

Es ist gut und richtig, wenn öffentliche Arbeitgeber beim Klimaschutz und der Verkehrswende mit gutem Beispiel vorangehen. Doch es muss auch sichergestellt werden, dass die teuren Angebote von den Mitarbeitern nicht missbraucht werden. Denn die Kosten müssen von Steuerzahlern aufgebracht werden, die sich selbst vielleicht kein neues Fahrrad leisten können.

Rainer Kersten  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

# Petra Ackmann will künftig mehr Austausch

## Vorsitzende in Hamburg

**Einfach die Ärmel hochkrepeln und anpacken, das ist die Devise von Petra Ackmann. Eine Frau, geerdet und mutig, in sich ruhend, erfolgsorientiert und sozial engagiert zugleich. Petra Ackmann ist in diesem Jahr zur neuen Vorsitzenden des Hamburger Steuerzahlerbundes gewählt worden.**

Gewählt auf der Jahreshauptversammlung, löst sie Lorenz Palte ab, der nach acht Jahren an der Spitze des Landesverbandes nicht erneut kandidiert hat.

In ihrer neuen Rolle legt Ackmann viel Wert auf den persönlichen Kontakt mit den Mitgliedern. So möchte sie etwa erreichen, dass die Ziele des Vereins und die Wünsche der Mitglieder enger miteinander verknüpft werden. „Ich möchte viel mehr mit den Mitgliedern in den Austausch gehen als bisher“, sagt die frisch gebackene Vorsitzende. Ackmann zufolge sollen die Mitglieder aktiver über das politische Geschehen in Hamburg informiert werden. „Ich möchte erreichen, dass die Mitglieder auch uns darüber informieren, wenn ihnen auffällt, was schief läuft, damit wir gemeinsam etwas dagegen machen können,“ so Ackmann. Bei einer neuen Ausrichtung des Vereins geht es Ackmann zufolge um den Austausch, um Information und um das Einfangen der Meinung der Mitglieder zu der aktuellen Steuerpolitik und zu Einzelfragen des Hamburger Haushalts. Die Vorsitzende betont: „Wir werden Veranstaltungen zu wichtigen Steuerthemen durchführen, in denen sich die Mitglieder informieren können. Sodass jeder einen Überblick über das Steuerrecht erhalten kann, darüber informiert wird, wohin das Steuergeld fließt, wo der Schwerpunkt der politischen Arbeit liegt, und über das, was gerade in der Hansestadt Hamburg passiert.“

Die Steuerberaterin ist verheiratet, hat eine Tochter im Teenageralter und leitet als Geschäftsführerin eine Steuerkanzlei in Barmbek. Sie war bereits steuerpolitische und sozialpolitische Sprecherin des Vereins. Über ihre Motivation, den Steuerzahlerbund zu unterstützen, erklärt Ackmann: „Als Steuer-

beraterin fand ich es besonders wichtig, dass die Gelder, die meine Mandanten an den Staat zahlen, auch sparsam und sinnvoll verwendet werden.“

Schließlich seien die Selbstständigen laut Ackmann verpflichtet, ihr hart verdientes Einkommen in ihrer Steuererklärung wahrheitsgemäß, ordnungsgemäß und in der richtigen Höhe zu erklären. Deshalb sei es so wichtig, dass der Bund der Steuerzahler die Verschwendung von Steuergeldern aufdecke.

Solide Wurzeln und tragfähige Flügel bedingen einander, sagen Psychologen. Nur, wer als Kind sichere Bindungen erlebt hat, traut sich später wirklich etwas zu. Der Vater von Petra Ackmann war Seefahrer und hat später im Hamburger Hafen als Maschinist und Ingenieur gearbeitet. Ihre Mutter war Verkäuferin. Petra Ackmann bezeichnet sich selbst als Arbeiterkind, das von den Erfahrungen und dem Wissen ihrer Eltern profitieren konnte und dabei gelernt hat, die eigenen Stärken zu entwickeln. So hat Petra Ackmann eine duale Ausbildung als Steuerinspektorin beim Finanzamt Hamburg absolviert.

Soziales Engagement bedeutet für Petra Ackmann eine wichtige Stütze der Gesellschaft. „Ich bin immer dabei, wenn es darum geht, sich für unsere Gesellschaft zu engagieren, neben einer soliden demokratischen Struktur ist nichts so wichtig wie eine engagierte Zivilgesellschaft. Dafür meine Freizeit einzubringen, das macht mir Spaß“, sagt sie. Deshalb unterstützt Ackmann unter anderem den Vorstand der Kamenate Frauen Wohnen e.V., einem Verein von Frauen für Frauen, arbeitet im Vorstand der Kita Barmbeker Lachmöwen e.V., setzt sich für die Gleichstellung von Frauen im



*Bodenständig und warmherzig:  
Die neue Hamburger Vorsitzende  
Petra Ackmann mit ihrem  
Golden Retriever Lenny*

Landesfrauenrat ein, dem Dachverband der in Hamburg aufgestellten Frauenverbände, und ist ehrenamtlich als Schatzmeisterin im Marie-Schlei-Verein tätig. Dieser fördert Frauen in Entwicklungsländern und setzt ihr Recht auf Bildung durch. „Es ist schon unglaublich, wie viele Möglichkeiten es gibt, die Zivilgesellschaft in ärmeren Ländern durch Engagement und kleine Beträge zu stärken“, beteuert Ackmann.

Als Ausgleich zu ihrer Tätigkeit in der Kanzlei hilft die Steuerberaterin zurzeit dreimal in der Woche auf dem Kattendorfer Hof in Schleswig-Holstein bei der Ernte aus: „Ich bin ein Mensch, der sich gern draußen in der Natur bewegt. Bei Wind und Wetter auf dem Feld stehen und mit den eigenen Händen arbeiten, da bekomme ich meinen Kopf frei“, schwärmt Ackmann.

Der Kattendorfer Hof trägt sich durch die sogenannte Solidarische Landwirtschaft. Dabei schließt sich eine Gruppe von Verbraucherinnen und Verbrauchern mit einem landwirtschaftlichen Betrieb zu einer Gemeinschaft zusammen und bewirtschaftet den Hof nach dem Motto: „Du bekommst, was du brauchst. Ich gebe, was ich kann.“ Ein Leitwort, dem sich Steuerberaterin Petra Ackmann auch im Hinblick auf die Zukunft des Bundes der Steuerzahler Hamburg verpflichtet fühlt: „Ich strebe die Ausrichtung zu einem modernen Mitgliederverband an, in dem man sich einbringt, sich gern trifft und auch persönlich kennt.“

**Angela Sundermann**  
[sundermann@steuerzahler-hamburg.de](mailto:sundermann@steuerzahler-hamburg.de)



## Schwarzbuch: Medienecho übertrifft Erwartungen

„Wow“ möchte man sagen oder besser schreiben: Die Reaktionen auf das neue Schwarzbuch stellen alles Bisherige in der Hansestadt Hamburg in den Schatten – das gilt sowohl für die Presse-Veröffentlichungen als auch für die Anzahl der Bestellungen.

Dass das Schwarzbuch Interesse weckt und nachgefragt ist, ist bekannt. Doch in diesem Jahr kann der Hamburger Landesverband schon nach einem Tag ein positives Zwischenfazit ziehen. Mit dem Hamburger Abendblatt, der Morgenpost (Doppelseite) sowie der Bild-Zeitung haben die drei relevanten Hamburger Zeitungen unsere Fälle aufgegriffen. Dazu gab es gleich mehrere TV-Interviews unserer Vorsitzenden Petra Ackmann bei RTL Nord und im Hamburg Journal (NDR). Auch im Radio ging es fast stündlich um die Hamburger Verschwendung („Hamburg ist Steuerverschwendungshauptstadt“).

Fast schon ein Ritterschlag für unsere Arbeit ist die Reaktion von Hamburgs Finanzsenator Dr. Andreas Dressel. Er sah sich via Twitter zu einer Rechtfertigung gezwungen. „Es ist das gute Recht des BdSt Hamburg, den Senat kritisch zu begleiten. Mancher Sachverhalt stellt sich bei genauerem Hinsehen doch etwas anders dar. Beim ‚Haus der Erde‘ und dem ‚HSV-Grundstücksdeal‘ geht es auch darum, weitere negative Folgen für Steuerzahler zu vermeiden.“ Dafür erntete Dressel deutliche Kritik. Unter anderem von Hamburgs FDP-Chef Michael Kruse, der sehr deutlich wurde: „Demütig eine berechnete Kritik annehmen, ist jedenfalls nicht Deine große Stärke. Die vielen Milliarden für die HSH Nordbank waren auch gut gemeint, unterm Strich steht dennoch Steuergeldverschwendung. Und das ‚Haus der Erde‘ zeigt: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer.“ Dem hat der Bund der Steuerzahler Hamburg nichts hinzuzufügen.

Sascha Mummenhoff

[Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de)

## Haltestellen-Posse

85.000 Euro ohne Not in den Sand gesetzt

**Mit acht Fällen war der Hamburger Landesverband im aktuellen Schwarzbuch vertreten. Eine Recherche schaffte es aus Platzgründen leider nicht in die Ausgabe. Doch auch dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie sorglos in Hamburg mit Steuergeld umgegangen wird.**

Augen zu und durch – ohne Rücksicht auf die Anwohner: So könnte man das Gebaren des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) beschreiben. Die Folgen sind – außer gefällten Bäumen und langwieriger Gerichtsprozesse – zusätzliche Kosten von mehr als 85.000 Euro, für die der Steuerzahler aufkommen muss. Und darum geht es: Fast vier Jahre stritten sich die Bewohner eines Hauses in Hamburg-Eimsbüttel mit der Stadt um die Verlegung einer Bushaltestelle. Die Stadt wollte die Haltestelle direkt neben ein Haus in der Unnastraße setzen. Dazu wurden Bäume gefällt, eine Haltebucht eingerichtet. Eine Klage der Anwohner hatte Erfolg, die neu eingerichtete Bushaltestelle muss „umziehen“.

Bereits 2016 beschloss die Stadt, die Haltestelle an der Goebenstraße in Richtung Altona an die Unnastraße zu verlegen. Im Zuge des „Busbeschleunigungsprogramms“ sollte sie hinter eine Ampel gebaut werden – genau vor ein Mehrfamilienhaus. 50 Sekunden schneller sollten die Busse ihre Strecke bewältigen. Doch das Verwaltungsgericht verhängte einen einstweiligen Baustopp und verlangte ein Lärmgutachten. Ein derartiges Gutachten über die zusätzliche Geräuschkulisse hatte

die Behörde aber nicht erstellt. Dabei kam heraus, dass der Straßenlärm bereits ohne die Busse gesundheitsschädlich ist. Die Stadt hätte die Haltestelle nicht vor das Haus verlegen dürfen.

Der LSBG zeigte sich weiter überrascht: „Die Planungen sind seinerzeit einvernehmlich zwischen den beteiligten Trägern öffentlicher Belange abgestimmt worden. Eine juristische Auseinandersetzung mit Anliegern war nicht zu erwarten.“ Anders formuliert: Der LSBG hatte versäumt, die Anwohner zu fragen, was sie davon hielten, wenn künftig direkt vor ihren Fenstern ständig Busse stoppen und wieder anfahren würden. Dennoch legte man Einspruch ein. Doch auch vom Oberverwaltungsgericht wurde der Baustopp 2017 bestätigt.

Den Steuerzahler kostet das Hin und Her mehr als 250.000 Euro. Allein für die „beklagte“ Haltestelle wurden 80.000 Euro fällig. Die Gerichtskosten schlugen angeblich mit nur 5.000 Euro zu Buche. Die Haltestelle wurde an den Eingang des Eimsbütteler Parks verlegt. Auch hier gab es Medienberichten zufolge Kritik. Diesmal von den Fahrgästen, weil sich die neue Haltestelle nicht in einer Bucht, sondern auf der Fahrbahn befindet.

Petra Ackmann, Vorsitzende des Hamburger BdSt: „Viel Steuergeld wäre eingespart worden, wenn die zuständige Behörde ihre Hausaufgaben gemacht und die Anwohner einbezogen hätte.“

Sascha Mummenhoff

[Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de)



Die große Brücke verbindet den Dwang mit der Krösnitz.



Die Querung der Ludwigsluster Chaussee hat Tücken.

# Der Lückenschluss gibt keinen Sinn

## Fallupdate: Eine teure Fahrradbrücke und ihre lange Geschichte

**Manche unserer Schwarzbuchfälle beschäftigen uns über Jahre hinweg. Der Bau einer Fahrradbrücke in Schwerin ist so ein Fall. Im Jahr 2016 erschien die – damals noch geplante – Brücke erstmals im Schwarzbuch. Im Zuge der Fertigstellung in diesem Herbst (!) haben wir den Fall noch einmal ausführlich unter die Lupe genommen:**

Seit diesem Herbst zieht die Fahrradbrücke die Landeshauptstadt. Ende September wurde die Verbindung zwischen Dwang und Krösnitz nun freigegeben. Richtigerweise schreibt die Stadt selbst in einer dazugehörigen Pressemeldung: „Kaum ein Radweg in Schwerin wurde so erbittert bekämpft und leidenschaftlich verteidigt.“ Besser lässt sich kaum beschreiben, was seit der Entscheidung für die Brücke im Jahr 2016 geschehen ist. Die Planung der Querung an der schmalsten Stelle des Ostorfer Sees rief Enthusiasten wie Kritiker gleichermaßen auf den Plan. Die Anwohner fühlten sich in ihrer Ruhe gestört, Naturschützer kritisierten den geplanten Kahlschlag und auch der Bund der Steuerzahler nahm das geplante Bauwerk in sein Schwarzbuch 2016/17 mit auf. Es gab gerichtliche Auseinandersetzungen auf der einen und begeisterte Radfahrer auf der anderen Seite. Ein touristisches Highlight sollte die Brücke werden, und zumindest das ist letztlich zweifellos gelungen.

Doch zurück: 2016 sieht das Radwegkonzept der Landeshauptstadt eine neue Streckenführung für Radfahrer vor, die aus dem Westen in die Innenstadt wollen.

Von der Rogahner Straße soll es über die Halbinsel Dwang mit einer Brücke über den Ostorfer See weiter über die Halbinsel Krösnitz zur Stadtmitte gehen. Dieser Weg ist landschaftlich reizvoll, weil er teilweise direkt am Seeufer verlaufen soll. Doch die Realisierung ist schwierig: Am Seeufer muss auf Schwemmland gebaut werden. Zahlreiche wertvolle alte Bäume mussten erhalten werden. Anlieger sollten Flächen räumen. Ein üppiger Schilfgürtel musste den Bauarbeiten geopfert werden. Und dann ist da noch die Brücke über den See, im weichen Untergrund braucht es eine besondere Gründung. Die Stadtverwaltung schätzte die Baukosten seinerzeit auf 1,8 Millionen Euro.

Fünf Jahre später ist klar: Die Baukosten haben sich verdoppelt auf 3,6 Millionen Euro. Kosten in Höhe von 200.000 Euro verbleiben bei der Stadt. Der Mammutanteil stammt aus Fördermitteln. Offiziell dient die Brücke der Aufwertung des Radtourismus, um damit den Lückenschluss zwischen den vorhandenen Radfernwegen Hamburg-Rügen und dem Residenzstädte-Rundweg herzustellen. Die beiden Radfernwege führten jedoch schon zuvor an anderer Stelle zueinander. Doch nur so war die hohe Förderquote von 90 Prozent zu erreichen.

Die Erklärung liegt in der Förderpraxis des Landes. Würden dagegen die vorhandenen Radwege an den städtischen Straßen saniert werden – was dringend notwendig wäre – gäbe es dafür keine Förderung! Pi-

kant: Zum Zeitpunkt der Eröffnung waren weder diesseits noch jenseits der neuen Radbrücke Ausschilderungen zu den „nun endlich“ verbundenen Radfernwegen zu finden.

So schön die Streckenführung auch ist, so fragwürdig ist der Nutzen für Radfahrer. Es gibt bereits einen Radweg um den See herum, der keine 1.000 Meter länger ist. Die Abkürzung spart nicht einmal fünf Minuten. Für den Alltag der Schweriner hat diese Brücke kaum eine Bedeutung. Der eigentliche Mehrwert wäre die Wegführung über die alte Stadionbrücke gewesen. Die wiederum ist leider bereits 2014 dem knappen Stadtsäckel zum Opfer gefallen. Deshalb müssen die Radtouristen nun über eine Ampelführung eine vierspurige Hauptstraße und dann eine Straßenbahnhaltestelle queren, über die der Radweg zunächst noch führt. Wie unpraktisch und auch gefährlich das ist, ist im Planungsverlauf nun auch der Stadt aufgefallen. Künftig soll ein kleiner zusätzlicher Radweg die Querung direkt über den Wartebereich der Haltestelle nicht mehr notwendig machen.

Unsere Kritik war damals und ist heute berechtigt. Eine vernünftige Unterhaltung und ein strukturierter Ausbau der vorhandenen Radwege sollte Priorität vor der Schaffung einzelner Höhepunkte für den Tourismus haben. Das Land sollte seine Förderpraxis anpassen und nicht nur punktuelle Maßnahmen fördern.

**Diana Veronika Behr / Michaela Skott**  
[Presse@steuerzahler-mv.de](mailto:Presse@steuerzahler-mv.de)

# Wismar: Über Corona und die Folgen...

...für gleich zwei Ausstellungen – keine Verschwendung im Schabbellhaus erkennbar

Mitten im Lockdown baute man im Wismarer Schabbellhaus zwei Ausstellungen auf. „Die Metallästheten. Auf dem Weg zu den goldenen Zwanziger Jahren“ (Gesamtkosten 12.790 Euro) und „Abstraktes & Gegenständliches. Malerei von Günter Fritz“ (Gesamtkosten 200 Euro) – Ausstellungen, die niemand sehen kann und darf?

Wir erhielten dazu einen Bürgerhinweis und gingen dieser Frage nach. Nun liegt uns die Antwort der Hansestadt Wismar vor: Die Verträge für beide Ausstellungen wurden jeweils zu einem Zeitpunkt geschlossen, als von einem normalen Ausstellungsablauf ausgegangen werden konnte. Im Falle der „Metallästheten“ wurde der Vertrag erstmals sogar vor Pandemiebeginn geschlossen. Die Ausstellung sollte im Sommer 2020 gezeigt werden.

Auf Bitten des Schabbellhauses wurde wegen der unsicheren Lage der Termin in Absprache mit dem Leihgeber einmalig verschoben. Eine weitere Verschiebung schloss der Leihgeber jedoch aus, und berief sich auf den bestehenden Vertrag. Deshalb wurde die Ausstellung für den Zeitraum vom 28.11.2020 bis zum 21.02.2021 geplant und durchgeführt bei einer gleichzeitigen Verlängerungsoption bis in den Mai hinein. Die zu diesem Zeitpunkt gültige Corona-Landesverordnung machte Besuche zumindest mit Terminbuchungen ab dem 08.03.2021 möglich.



Die Ausstellung im Schabbellhaus „litt“ unter der Pandemie

Doch am 19. April machte Corona erneut einen Strich durch die Rechnung der Museumsplaner. Um die Ausstellung dennoch zeigen zu können, wurden Aufnahmen für 360°-Bilder beauftragt. Ein Online-Rundgang ermöglichte es damit, die Ausstellung zu zeigen. Eine Besucherstatistik, so erfahren wir, wird darüber nicht geführt. Ähnliches gilt auch für die Ausstellung „Raumzeichen“ (Gesamtkosten 6.000 Euro) in St. Georgen. Diese war allerdings

wenigstens ab Juni für die Öffentlichkeit zugänglich.

Der Bund der Steuerzahler meint: Kunst und Kultur haben es in der Pandemie besonders schwer. Umso wichtiger war für Künstler auch das Einhalten der Verträge. Wohl dem, der welche hatte! Auch wenn es in diesem Fall zu zwei „Geisterausstellungen“ kam, so handelt es sich dennoch nicht um einen Verschwendungsfall.

## Unser TV-Tipp: „Echt jetzt?!“ Fragen Sie!



Der Fernsehsender RTL startete am 15. November eine neue Verbrauchershow. Unter dem Titel „Echt jetzt?!“ will Komikerin Ilka Bessin die größten Absurditäten in unserem Land auseinandernehmen. Zusammen mit Gästen und wechselnden Sidekicks setzt sie sich mit den Auswüchsen

der Bürokratie auseinander. „Verbraucherjournalistisch“ nimmt sie außerdem die neuesten Produkte und Erfindungen der Industrie unter die Lupe – stets mit einem Augenzwinkern und viel Humor, aber auch mit aufklärerischem Anspruch. Mit dabei ist auch ein „alter Bekannter“ aus MV: Der „Große Stein von Altentreptow“. Ende des Sommers fanden hierzu die Dreharbeiten vor Ort statt.

Wie ging es weiter mit der Hebung des Steins? Das erfahren nun die Zuschauer bei RTL.

Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern (BdSt MV) ist Fällen von Steuergeldverschwendung stets auf der Spur. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung! Ganz gleich, ob kleine oder große Baustelle, fragwürdige Entscheidungen der Kommunal- oder Landespolitik oder merkwürdige Förderpraxis: Schicken Sie uns Ihre Frage! Wir recherchieren, fragen nach! Sie können die Fälle telefonisch melden unter 0385 / 202 21 96-0 oder auf unserer Website: <https://www.schwarzbuch.de/aktiv-werden/fall-melden/>

# Blick durch den Norden



Im Mai 2022 wird der neue Landtag von Schleswig-Holstein gewählt. Es dürfte spannend werden, wie das derzeit einzige Jamaika-Bündnis in Deutschland in der Gunst der Wähler steht. Es hat damals Schlagzeilen bundesweit gemacht, als sich im Norden CDU, FDP und Grüne zu einer Koalition zusammenschlossen. Nach fünf Jahren schlägt nun also vor allem für Ministerpräsident Daniel Günther die Stunde der Wahrheit. Wird er, wie andere Ministerpräsidenten, profitieren von dem Hang der Menschen, möglichst wenig zu ändern mitten in der Krise? Oder erlebt die CDU, ähnlich wie bei der Bundestagswahl, erdrutschartige Verluste und folgerichtig auch den Machtverlust an der Kieler Förde.

Klar ist: Am Wahlabend wird die Republik auf Kiel schauen, so wie das Land in den vergangenen Monaten auch nach Schwerin geguckt hat, wo Ministerpräsidentin Manuela Schwesig einen Anlauf genommen hat, die Zusammenarbeit mit der CDU zu beenden und auf die Linke zu setzen.

Der Norden war und ist eben auch weiterhin immer für eine Überraschung gut – auch die SPD in Schleswig-Holstein hat quasi über Nacht einen guten Teil Siegeszuversicht gewonnen. Offen ist auch, ob und welche Rolle in Zukunft die FDP in Schleswig-Holstein spielen wird. Ihr Vorreiter, Vordenker und Lenker Wolfgang Kubicki, er weiß derzeit nicht, ob er und seine Partei überhaupt gebraucht werden und von wem, wenn denn...

Selbst für den Vielredner Kubicki ist es derzeit nicht einfach, sachgerechte Sprüche abzusondern und sich zugleich für alle Fälle zu rüsten. Der Mann hat es geschafft, seine kleine Partei über Jahrzehnte zu stabilisieren und sich ein Stück weit auch vom jeweiligen Bundestrend abzukoppeln, wenn ihm dies ratsam erschien. Ob dies allerdings jetzt noch funktioniert?

Es gibt viele Fragezeichen vor der Schleswig-Holstein-Wahl und eben das erklärt das große Interesse an der Entscheidung, das so gar nicht passen will zu einem vergleichsweise kleinen Bundesland. Apropos Größe: Es wird eine parteiübergreifende norddeutsche Zusammenarbeit brauchen, um dafür zu sorgen, dass der Norden der Republik in den kommenden Jahren immer dann gehört wird, wenn es um Entscheidungen auf Bundesebene geht, die die Flächenländer hier besonders betreffen.

Das gilt für die hier häufig unumgänglichen Fahrten zum Arbeitsplatz ebenso wie die Erreichbarkeit des ländlichen Raumes im Öffentlichen Personenverkehr, aber eben auch bei der Digitalisierung und der Zukunft der Landwirtschaft. Und dann ist da ja auch noch die Frage, ob auf Bundesebene über eine bessere Klimapolitik vor allem geredet wird oder ob endlich die Überlandleitungen gebaut werden, die den Strom aus dem Norden in den Westen und Süden der Republik bringen sollen.

Die Bundesrepublik steht vor Veränderungen, die sich vor wenigen Jahren kaum jemand vorstellen konnte oder wollte. So merkwürdig es auch klingen mag: Die Vielzahl der Koalitionen, mit denen im Norden regiert wurde, kann da ein Vorteil sein. An die Zeiten, als in Hamburg allein die SPD das Sagen hatte und die Nachbarn spüren ließ, dass allein in der Metropole die Weichen zu stellen waren, denken die Nachbarländern nicht gerne zurück. Häufig genug nämlich reichte die Hamburger Sicht der Dinge nicht weit...

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

**Redaktion:** BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, www.nord-kurier.de, E-Mail: info@nord-kurier.de

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich  
**Auflage:** 21.000, 50. Jahrg., 12/2021

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

## Arbeiten in Haus und Garten



Arbeiten in Haus und Garten – ein Thema, das fast jeden betrifft. Haben Sie für Reparaturen einen Handwerker beauftragt? Kommt der Schornsteinfeger zu Ihnen? Sind Sie umgezogen? Ihre Wohnungsgemeinschaft hat einen Hausmeister oder einen Winterdienst beauftragt? Haben Sie eine Haushaltshilfe oder benötigen einer Ihrer Angehörigen Pflege zuhause oder in einem Heim?



Kosten, die Sie nicht alleine tragen müssen. Über eine Reduzierung der Einkommensteuerschuld können Sie den Fiskus an den Aufwendungen beteiligen und zwar unabhängig davon, ob Sie Wohnungseigentümer oder Mieter sind.

Alle Fragen rund um dieses Thema beantwortet unsere Broschüre „Arbeiten in Haus und Garten – Steuern sparen leicht gemacht“. Sie können sie beziehen gegen eine Schutzgebühr von 3,00 Euro (inklusive Umsatzsteuer und Versand) bei der

**NORD-KURIER**  
Verlag und Werbe GmbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel  
Tel. 0431/990165-0, Fax 0431/990165-11  
schleswig-holstein@steuerzahler.de

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.